



göd.fcg

TOP – NEWS

erstellt:

Mittwoch, 24. Mai 2017

13:59

Themen:

Ö1 Mittagsjournal

- Elisabeth Köstinger: neue ÖVP-Generalsekretärin
- Köstinger löst Amon ab

APA

- FPÖ-Mölzer: Deutsch-Pflicht und 'Modellregion Gesamtschule' als Knackpunkte der Bildungsreform
- Schulautonomie: FPÖ gegen Modellregionen, für Deutsch-Pflicht
- Bildungsreform: Kurz will auch nach der Wahl weiterdiskutieren
- Schulautonomie: Modellregionen wieder im Fokus

Bitte um Beachtung:

Die nachstehenden Inhalte sind der APA entnommen und dienen der persönlichen Information von GÖD-FCG Funktionärinnen und Funktionären über das gewerkschaftspolitische Umfeld.

Die Inhalte decken sich daher nicht zwangsläufig mit GÖD-FCG Positionen.

Elisabeth Köstinger: neue ÖVP-Generalsekretärin

Der geschäftsführende ÖVP-Chef Sebastian Kurz hat heute seine neue Generalsekretärin offiziell präsentiert: Wichtigste Parteimanagerin wird - wie schon in den letzten Tage gemutmaß - die EU-Abgeordnete und Bauernbund-Vertreterin Elisabeth Köstinger. Sie löst Werner Amon ab.

Köstinger löst Amon ab

Elisabeth Köstinger ist die dritte Frau in der Funktion einer ÖVP-Generalsekretärin, nach Ingrid Korosec und Maria Rauch-Kallat. Nun löst die Europa-Abgeordnete und stellvertretende Parteiofbrau der ÖVP Werner Amon ab. Politische Heimat der Kärntnerin ist der Bauernbund.

<http://oe1.orf.at/player/20170524/474961>

FPÖ-Mölzer: Deutsch-Pflicht und 'Modellregion Gesamtschule' als Knackpunkte der Bildungsreform

Utl.: Freiheitliche bestehen auch auf Freiwilligkeit bei Schulclustern sowie volle Transparenz und Kontrolle der neuen Bildungsdirektionen =

Wien (OTS) - „Eine Zustimmung der Freiheitlichen zur Bildungsreform wird es nur bei der Umsetzung wesentlicher Punkte geben“, stellte heute erneut der freiheitliche Bildungssprecher NAbg. Wendelin Mölzer klar. Die geforderten Punkte sind: „Keinerlei Modellregionen der Gesamtschule, die Erbringung eines Nachweises über ausreichende Deutschkenntnisse vor Eintritt in den Regelunterricht, volle Transparenz und Kontrolle der neuen Bildungsdirektionen, der Erhalt der Sonderschulen, weitgehende Freiwilligkeit in Hinblick auf die Schulclusterbildung, die Verbesserung der Lehrerausbildung sowie die Erleichterung des Quereinstiegs in den Lehrerberuf“.

„In den laufenden Verhandlungen hat sich herausgestellt, dass vor allem die Einführung von Sprachklassen für Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse einen Knackpunkt darstellen“, so Mölzer, der sich für eine neutrale und standardisierte Sprachstandfeststellung vor Eintritt in den Regelunterricht ausspricht. „Ebenso kann es für uns Freiheitliche keine Modellregionen für Gesamtschulen geben, wie es von der SPÖ und den Grünen in Vorarlberg geplant ist. Dieses rot-grüne Vorhaben, die Wahlfreiheit zwischen Gesamtschule und Gymnasium in seiner Langform abzuschaffen, würde unsere Kinder zu Versuchskaninchen degradieren. Die Konsequenz daraus zeigt sich in Wien, wo ob der Nivellierung nach unten bei den AHS bereits jedes fünfte Kind in Privatschulen unterrichtet werden muss“, erklärte der freiheitliche Bildungssprecher.

„Die Umsetzung der freiheitlichen Forderungen – ein klares „Nein“ zu Gesamtschul-Modellregionen, sowie eben auch die Deutsch-Pflicht, bzw. eigene Sprachklassen, die inzwischen auch vom Neo-ÖVP-Obmann Kurz gefordert werden, stellen also zentrale Bedingungen für die Zustimmung zum Bildungspaket dar“, hielt Mölzer fest.

~

Rückfragehinweis:
 Freiheitlicher Parlamentsklub
 01/ 40 110 - 7012
 presse-parlamentsklub@fpoe.at
<http://www.fpoe-parlamentsklub.at>
<http://www.fpoe.at>

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/4468/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0094 2017-05-24/11:15
 241115 Mai 17

Schulautonomie: FPÖ gegen Modellregionen, für Deutsch-Pflicht

Utl.: Sonst keine Zustimmung =

Wien (APA) - Die FPÖ verlangt für ein Ja zum Schulautonomie-Paket unter anderem den Verzicht auf Gesamtschul-Modellregionen, die Erbringung eines Nachweises über ausreichende Deutschkenntnisse vor Eintritt in den Regelunterricht sowie weitgehende Freiwilligkeit bei den Schulclustern. "Knackpunkt" sind für Bildungssprecher Wendelin Mölzer vor allem Sprachklassen für Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnis.

Als weitere Eckpunkte für eine freiheitliche Zustimmung nannte Mölzer in einer Aussendung "volle Transparenz und Kontrolle der neuen Bildungsdirektionen sowie den Erhalt der Sonderschulen", eine Verbesserung der Lehrerbildung sowie die Erleichterung des Quereinstiegs in den Lehrerberuf. Vor dem Eintritt in den Regelunterricht müsse es eine neutrale und standardisierte Sprachstandfeststellung geben.

Eine Zustimmung der Freiheitlichen oder der Grünen ist aufgrund der Zwei-Drittel-Erfordernis für das Paket im Nationalrat nötig. Die Forderungen der FPÖ stehen dabei bei den zentralen Punkten Modellregionen und Deutsch-Pflicht diametral jenen der Grünen entgegen.

(Schluss) aku/hac
APA0224 2017-05-24/11:42
241142 Mai 17

APA0273 5 II 0164 XI Siehe APA0224/24.05 Mi, 24.Mai 2017
Schule/Politische Bewegungen/ÖVP/Österreich

Bildungsreform: Kurz will auch nach der Wahl weiterdiskutieren

Utl.: ÖVP-Obmann: "Kein Riesenwurf, aber solide Punkte" =

Wien (APA) - Der designierte ÖVP-Obmann Sebastian Kurz lässt weiterhin offen, ob er beim Schulautonomie-Paket einen Beschluss mit den Freiheitlichen oder den Grünen präferiert. Die aktuelle Reform sei "kein Riesenwurf", enthalte jedoch "solide Punkte". Nach der vorgezogenen Nationalratswahl werde man jedenfalls weiter diskutieren müssen, was sich noch ändern soll in der Bildung, erklärte er am Mittwoch.

Was die Inhalte der Volkspartei angeht, verwies Kurz bei der Vorstellung der neuen Generalsekretärin Elisabeth Köstinger auf das Programm, das "zeitgerecht vor der Wahl" präsentiert werde. Er bekräftigte, dass er dazu stehe, was im Regierungsprogramm vereinbart wurde. Für den Beschluss der Bildungsreform brauche es jedoch eine Zwei-Drittel-Mehrheit mit der FPÖ oder den Grünen. Derzeit werde noch verhandelt.

Die SPÖ hatte am gestrigen Dienstag, die ÖVP gedrängt, dem Vorschlag der Grünen zuzustimmen. Darauf ging Kurz aber nicht ein.

(Schluss) jul/aku/hac
~
WEB <http://www.oevp.at>
~
APA0273 2017-05-24/12:27
241227 Mai 17

Schulautonomie: Modellregionen wieder im Fokus

Utl.: Letzte VP-SP-"Einigung" aus dem Jahr 2015 - Grüne brachten Gesamtschul-Regionen wieder ins Spiel - Derzeit nicht Teil des Autonomiepakets - "Deckel" verhindert Gesamtschule größtenteils =

Wien (APA) - Mit den Sechsparteien-Gesprächen zu möglichen Gesetzesbeschlüssen vor der Neuwahl sind nach längerer Zeit wieder die Modellregionen zur Gesamtschule in den Fokus gerückt. Für ihre Zustimmung zum Schulautonomiepaket haben die Grünen zur Bedingung gemacht, dass in ganz Vorarlberg eine solche Modellregion eingerichtet werden kann. Derzeit ist das nicht möglich.

Eine Regelung zu eigenen Modellregionen für die Erprobung der Gesamtschule gibt es derzeit nicht. Auch im umstrittenen Schulautonomie-Paket ist eine solche nicht vorgesehen. Grundlage sind vielmehr die im November 2015 mit dem legendären "High-Five" zwischen der damaligen Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) und dem damaligen Staatssekretär Harald Mahrer (ÖVP) vereinbarten Eckpunkte zur Bildungsreform.

Darin war vorgesehen, dass solche Modellregionen zwar in jedem Bundesland eingerichtet werden dürfen, dort aber nicht 15 Prozent aller Standorte der jeweiligen Schulart bzw. 15 Prozent aller Schüler der jeweiligen Schulart überschreiten dürfen. Konsequenz: So muss die überwiegende Mehrheit der AHS-Unterstufen in einem Bundesland erhalten bleiben. Umgekehrt müssen jene (öffentlichen) Schulen, die in eine Modellregion fallen, einer Teilnahme an dieser formal nicht zustimmen - was die AHS-Lehrgewerkschaft umgehend als "Schuldiktatur a la Nordkorea" klassifizierte. Privatschulen müssen dagegen ohne Zustimmung nicht an einer Modellregion teilnehmen.

Mit dieser - bisher nicht gesetzlich fixierten - Konstruktion sind Gesamtschul-Modellregionen zumindest in dicht besiedelten Regionen praktisch nicht möglich: Gesamtschule bedeutet nichts anderes, als dass zehn- bis 14-jährige Schüler nicht mehr auf mehrere Schulformen verteilt werden (in Österreich eben AHS-Unterstufe bzw. Hauptschule/Neue Mittelschule), sondern in einer einzigen gemeinsamen Schulform unterrichtet werden. Finden sich aber in unmittelbarer Nähe neben der vermeintlichen Gesamtschul-Modellregion wieder AHS-Unterstufen, ist die Chance hoch, dass Schüler mit AHS-Reife statt am Modellversuch teilzunehmen an einen ohnehin nicht weit entfernten AHS-Standort wechseln. Damit ist dann aber die Modellregion keine Modellregion mehr, weil eben die leistungsstärkeren Schüler fehlen.

Das dürfte auch die SPÖ bald bemerkt haben: Schon wenige Wochen später nannte Justizsprecher Hannes Jarolim die Obergrenze eine "Unverschämtheit", auch die Vorarlberger ÖVP zeigte sich skeptisch. In Vorarlberg haben sich alle Parteien für eine Erprobung einer gemeinsamen Schule ausgesprochen. Dem trägt auch der jüngste Kompromissvorschlag der Grünen Rechnung: Eine Obergrenze von 15 Prozent für das gesamte Bundesgebiet (und nicht pro Bundesland) würde eine Ländle-Modellregion ermöglichen.

Eine Einigung zwischen ÖVP und SPÖ auf ein gemeinsames Vorgehen in Sachen Modellregionen steht trotzdem in weiter Ferne: Nicht umsonst war von Modellregionen im Update des Regierungsprogramms im Jänner nicht mehr die Rede - und die Modellregionen auch nicht Teil des Autonomiepakets.

(Schluss) aku/cm/hac
APA0284 2017-05-24/12:34
241234 Mai 17